

# A5

## **Antrag zur Stadtversammlung der Münchner Grünen:**

### **Europa stärken, Spekulation bekämpfen, Finanzmärkte ordnen**

Bündnis 90/Die Grünen ist eine Europäische Partei und Teil der Europäischen Bewegung. Wir sehen unsere Zukunft in einer Union der Völker Europas und widersetzen uns allen nationalen Reflexen auf die Herausforderungen der aktuellen Finanzkrise des Euro .

Der Kreisverband München-Stadt von Bündnis 90/Die Grünen fordert angesichts der finanziellen Krise von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag entschlossene Schritte

zur Stärkung Europas,

zum Kampf gegen die internationale Finanzspekulation und

zur Ordnung der Finanzmärkte.

Die Krise, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der gemeinsamen €Währung in den Abgrund zu stürzen droht, kann nur durch eine neue Finanzmarktordnung, einen konsequenten Abbau von Schulden und eine koordinierte Steuer- und Wirtschaftspolitik gelöst werden. Gleichzeitig darf sich Europa jetzt nicht kaputt sparen. Wir müssen weiterhin in unsere Zukunftsfähigkeit investieren. Sparen und investieren lautet die Herausforderung.

Die Frage, wer letztlich für die Kosten der Krise zahlen soll, wird nach wie vor nicht beantwortet. Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag müssen sich innerhalb der Europäischen Union dafür stark machen, dass

1. der Finanzsektor und die Vermögenden an den Lasten der Krisenbewältigung und dem Abbau der Staatsverschuldung essentiell beteiligt werden.
2. Spekulationen, die Währungen und Volkswirtschaften destabilisieren, eingedämmt und notfalls auch verboten werden,
3. Finanzmärkte stark und konsequent reguliert werden,
4. die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, mit einer nachhaltigen und sozial ausgewogenen Konsolidierungsstrategie ihre Verschuldung auf ein tragfähiges Maß zurückzufahren,
5. im Sinne des Green New Deal in Klimaschutz, Bildung und soziale Gerechtigkeit investiert wird und
6. hoch verschuldeten Staaten ein Ausweg aus der Schuldenfalle ermöglicht wird. Die Möglichkeit einer geordneten staatlichen Insolvenz muss geschaffen werden.

Der Europäische Stabilisierungsfonds ist nur eine aktuelle und punktuelle Antwort auf akute feindliche Spekulationen gegen den Euro und Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Ohne die erforderlichen strukturellen Reformen und langfristig wirkenden Maßnahmen ist er kontraproduktiv und setzt falsche Hoffnungen auf eine Solidarität ohne Eigenverantwortung.

München, 18.6.2010

Jerzy Montag

UnterstützerInnen: Sebastian Weissenburger, Michael Heeger, Claude Unterleitner